

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 19. Mai 1932

Nummer 40

An alle Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Werte Kollegen!

Die diesmaligen Tarifverhandlungen, die am 15. März d. J. ihren Anfang genommen haben, führten nach mehreren zwischenzeitlichen Unterbrechungen am 14. Mai zu einer Vereinbarung über Mantel- und Lohnstarif, deren Inhalt im einzelnen aus untenstehender Publikation der Tarifparteien zu ersehen ist.

Das Ergebnis besteht in der Hauptsache in einer einjährigen Verlängerung des bisherigen Mantelstarifs (bis 30. April 1933) unter teilweiser Abänderung einiger Bestimmungen über die Grenzen der ausschlagsfreien Arbeitszeit, Überstunden, bei Kurzarbeit, regelmäßige Sonntagsarbeit, einer ausnahmsweisen Festsetzung des Lohnes für die diesjährige Urlaubsperiode auf 75 Proz. des Vollohnes (auch bei Kurzarbeit unter 36 Stunden wöchentlich) und einer anderen Festsetzung des Kostgeldes für Lehrlinge im zweiten, dritten und vierten Lehrjahr mit tarifrechtlicher Ausschaltung eines Abzugs für Berufs- oder Fachschulbesuch, und zwar entgegen reichsarbeitsgerichtlicher Entscheidungen. Ferner wird der infolge unternehmerseitiger Kündigung seit dem 30. April d. J. abgelaufene Lohnstarif mit Wirkung ab 1. Mai d. J. unverändert wieder in Kraft gesetzt und bis auf weiteres einer längeren Kündigungsfrist als bisher unterstellt.

Mit dieser Vereinbarung, die nach eingehender gemeinsamer Beratung des gesamten Verbandsvorstandes und der Gauvorsteher tarifliches Recht geworden ist, hat eine Tarifverhandlungsperiode ihren Abschluß gefunden, die als eine der schwersten und konfliktreichsten der ganzen bisherigen Tarifgeschichte unsres Gewerbes zu beurteilen ist. Inmitten einer unübersehbaren Verwicklung und Zerrüttung aller Grundlagen der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren weitere Gestaltung dunkler und unsicherer als je zuvor vor uns liegt, galt es, bis dahin noch nie dagewesene reaktionäre Angriffe des gesamten Unternehmertums auf die in jahrzehntelangem gewerkschaftlichen Ringen aufgebauten Arbeits- und Lohnverhältnisse abzuwehren.

Unverkennbar ist das allgemeine Bestreben der Unternehmer, die nicht zuletzt durch privatkapitalistische Unvernunft heraufbeschworenen Lasten eines überdimensionierten Produktionsapparates, dem unter dem Druck dieser Lasten ein empfindlicher Rückgang seiner Verwertungsmöglichkeiten gefolgt ist, in einseitigster und ungerechtester Weise nur auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Der Umfang dieser international wie national erwachsenen wirtschaftlichen und sozialen Hemmnungen auch im deutschen Buchdruckgewerbe offenbarte sich schon in der zu den diesmaligen Tarifverhandlungen von Unternehmerseite ausgearbeiteten und vorgelegten fast grenzenlosen Antragsvorlage. Der einseitige und ungerechte Schiedspruch des Zentral-Schiedsrichtungsamtes vom 16. April d. J. suchte den geplanten rücksichtslosen Verschlechterungen der bisherigen tariflichen Rechte der Gehilfenschaft im Sinne

der Unternehmer, wenn auch nur in sehr beschränktem Rahmen, Rechnung zu tragen; er fand jedoch durch Ablehnung der von den Unternehmern beantragten Verbindlichkeitsklärung keine rechtsgültige Grundlage. Die dann folgenden Verhandlungen der Tarifparteien auf eigene Verantwortung führten nach mehrtägiger Dauer und schärfsten Auseinandersetzungen zu einer wesentlichen Abschwächung der durch den erwähnten Schiedspruch begünstigten Belastungen der Arbeiterschaft. Daß sie nicht restlos abgewehrt werden konnten, liegt daran, daß der noch verbliebene Rest tariflicher Abänderungen bei gewissenhafter Überlegung nicht mehr als von allein ausschlaggebender Bedeutung beurteilt werden konnte.

Da für die Unternehmer durch die von den Gehilfenvertretern bis zur letzten Stunde mit jähester Aufbietung aller ihrer Kräfte geführten Verhandlungen von den ursprünglich hochfliegenden Plänen immer weniger übrigblieb, traten zuletzt für den Deutschen Buchdrucker-Verein ebenfalls nur noch taktische Erwägungen in den Vordergrund. Näherliegende organisatorische Konsequenzen drängten dessen Vertreter zwangsläufig dazu, von den in der zuletzt formulierten Vereinbarung übriggebliebenen Punkten unter keinen Umständen auch nur einen einzigen noch weiter abschwächen zu lassen. So blieb schließlich nichts anderes mehr als die Wahl zwischen Annahme dieser Vereinbarung oder Aufnahme eines Kampfes, der an die Gesamtheit sicher viel größere Anforderungen an ideeller und materieller Opferbereitschaft gestellt hätte, als sie durch Annahme dieser Vereinbarung bebingt sind.

Von besonderer Bedeutung und vorwiegend maßgebend für die Annahme dieser Vereinbarung durch die Gehilfenvertreter war die erste Pflicht, in der gegenwärtigen furchtbaren Notzeit die bestehenden Unterhaltungsverpflichtungen für die vielen Tausende unserer arbeitslosen und in vielen Kollegen aufrecht zu erhalten und sie nicht durch einen uns andernfalls von Unternehmerseite aufgezwungenen Kampf, der alle Kräfte des Verbandes in Anspruch genommen hätte, zu gefährden.

Aus allen diesen Gründen glauben wir darauf bauen zu können, daß die Kollegenschaft dieser Entscheidung das erforderliche Verständnis entgegenbringen und darin eine wohlüberlegte Sicherung dafür erblicken wird, auch über den furchtbaren Abgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not hinwegzukommen. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, daß in Anbetracht der vom gesamten Unternehmertum aufs neue unternommenen Angriffe auf den Lohn in unsrem Gewerbe die gegenwärtigen Lohnverhältnisse auf absehbare Zeit unverändert bleiben. Jeder Kollege, der sich in selbstverantwortlicher Weise die Möglichkeiten und Aussichten einer anderen Entscheidung auf realpolitischer Grundlage überlegt, kann und wird zu dem Resultat kommen müssen, daß die mit dieser Vereinbarung verbundene Erhaltung des gewerblichen Friedens im wohlverstandenen Interesse der gesamten Kollegenschaft liegt!

Berlin, den 17. Mai 1932

Verbandsvorstand und Gauvorsteher

Bereinerbarung über Mantel- und Lohnstarif

Zwischen den nachstehenden Organisationen dem Deutschen Buchdrucker-Verein E. V. in Berlin

und
1. dem Verband der Deutschen Buchdrucker, Sitz Berlin,
2. dem Gutenbergbund, Sitz Berlin,
wird folgende

Bereinerbarung

getroffen:
1. Der Mantelstarif vom 2. März 1930 wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Ziffer 1 Satz 1 werden die Worte „auch anderer Unternehmungen“ durch die Worte „auch fachfremder Unternehmungen, in denen Buchdruckerarbeiten nicht überwiegend zur Herstellung der Betriebsprodukte verrichtet werden“, ersetzt.

2. § 3 Ziffer 2 erhält folgende Neufassung: „Die Tagesarbeitszeit liegt innerhalb der Stunden von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.“

Die Fußnote erscheint künftig bei § 6 Ziffer 7 Absatz 1 am Schluß.

3. In § 3 Ziffer 3 werden hinter „Arbeitszeitverkürzung“ die Worte „oder der Arbeitszeitverlängerung“ eingefügt und die Worte „(möglichst am Sonnabend)“ gestrichen.

4. In § 3 Ziffer 4 fällt der alte Satz 1 fort; dafür heißt es: „Soweit die Arbeitszeit außerhalb der in § 3 Ziffer 2 genannten Tagesstunden liegt, ist den Gehilfen folgende besondere Vergütung zu gewähren.“

In der gleichen Ziffer heißt es statt bisher „6 bzw. 7 bis 9 Uhr abends“ „8 bis 9 Uhr abends“.

5. § 3 Ziffer 6 fällt fort; dafür tritt ein: „In Fällen von Arbeitsmangel kann der Prinzipal mit seinem Personal bzw. dessen gesetzlicher Vertretung eine Verkürzung der Arbeitszeit für den ganzen Betrieb oder einzelne Abteilungen des Betriebs vereinbaren. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so kann der Prinzipal nach

Anführung der gesetzlichen Betriebsvertretung die Kurzarbeit mit einer Frist von drei Tagen ansetzen, wobei der Anlagetag mitgerechnet wird. Mit der gleichen Frist kann der Prinzipal den Übergang von der Kurzarbeit zu einer längeren Arbeitszeit bis zur Vollarbeit ansetzen.“

6. In § 3 Ziffer 7 werden die Worte „Solche Arbeitszeitverkürzung kann auch für einzelne Abteilungen des Betriebs vereinbart werden, so daß also zum Beispiel zulässig ist“, gestrichen und dafür gesetzt: „Gemäß Ziffer 6 ist es also zum Beispiel zulässig.“

7. In § 6 Ziffer 3 heißt es an Stelle von „90 Prozent“ „75 Prozent“.

8. § 8 Ziffer 4 erhält folgenden Zusatz: „Bei Kurzarbeit sind die über die verkürzte tägliche Arbeitszeit zu leistenden Überstunden bis zur vollen regelmäßigen, für den Betrieb oder Betriebsabteilungen festgesetzten Arbeitszeit mit 10 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Über die volle

regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsstunden sind mit dem normalen Überstundenzuschlägen gemäß Absatz 1 zu vergüten.

Tagesweises oder längeres Aussehen ist der Kurzarbeit gleichzusetzen.

9. Im § 23 Ziffer 6 ist statt: „des vorangegangenen Kalenderjahres“ zu setzen: „des vorangegangenen Zeitabschnittes vom 1. Oktober bis 30. September“.

10. Im § 23 Ziffer 9 heißt es statt 10, 20, 30, 40 Proz. jetzt 10, 17 1/2, 25, 35 Proz.

II. Der so abgeänderte Manteltarif mit seinen Anlagen und Protokolländerungen wird mit Wirkung vom 1. Mai 1932 in Kraft gesetzt und läuft bis zum 30. April 1933. Wird er nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich genehmigt, so läuft er stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf ein Jahr weiter.

Neue Protokolländerungen:

1. Zu § 10 Ziffer 3: „In Anbetracht der Notzeit erhalten alle Gesellen ohne Rücksicht auf die während des Urlaubs für den Betrieb festgesetzte Anzahl von Arbeitsstunden für die Dauer vom

1. Mai 1932 bis zum 30. April 1933 nur 75 Proz. des Urlaubsgeldes für Vollarbeiter im Sinne des § 3.“

2. Die Parteien sind darüber einig, daß a) über etwaige Veränderungen der Ortszuschläge,

b) über Anlage A des Manteltarifs und die Sonderbestimmungen in

§§ 11 bis 22 so rechtzeitig in Verhandlungen eingetreten wird, daß Ergebnisse bezüglich a) Ende Januar 1933, bezüglich b) Ende November vorliegen.

Falls eine Einigung nicht erzielt wird, sind die Ergebnisse dem Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamts bis zum 15. Februar 1933 bzw. 15. Dezember 1932 einzureichen, damit er alle Maßnahmen treffen kann, die es ermöglichen, Entscheidungen über die beiden Punkte spätestens bei Ablauf dieses Manteltarifs zu treffen.

3. Die Parteien sind darüber einig, daß die an verschiedenen Stellen des Tarifvertrags vorkommenden Worte: „setzen vier vollen Lohn-

wochen“, so zu verstehen sind, daß hierunter auch solche Wochen fallen, in denen verfrüht gearbeitet worden ist. Als Divisor ist immer die Stundenzahl der betreffenden Woche zu nehmen.

4. Die Parteien sind darüber einig, daß die Lehrlingsvergütung für Arbeitsausfall, der durch Besuch der Berufs- oder Fachschule bedingt ist, nicht gekürzt wird.

III. Das in der Vereinbarung vom 17. Dezember 1931 enthaltene Lohnabkommen, welches durch Kündigung des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit dem 30. April 1932 abgelaufen war, wird mit Wirkung vom 1. Mai 1932 wieder in Kraft gesetzt. Das Lohnabkommen ist für die Folge jeweils am Freitag mit einer Frist von 6 Wochen wieder zum Freitag kündbar.

Berlin, den 14. Mai 1932.

Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
Verband der Deutschen Buchdrucker
Gutenbergbund
J. A. C. Bernoth

Lohnarif für das deutsche Buchdruckgewerbe

Gültig ab 1. Mai 1932

a) für Handfeger, Drucker, Stereotypsetzer und Galvanoplastiker (laut § 4 Ziffer 4 des Tarifs)

Table with columns for Lohnklasse (A, B, C, D), Gehalt, and various wage rates for different age groups and experience levels.

Unterschiedliche... (small text regarding wage adjustments and conditions)

b) für Maschinenseher (§ 4 Ziffer 4c des Tarifs)

Table with columns for Lohnklasse (A, B, C, D), Gehalt, and various wage rates for different age groups and experience levels.

c) für Korrektoren (§ 4 Ziffer 4c des Tarifs)

Table with columns for Lohnklasse (A, B, C, D), Gehalt, and various wage rates for different age groups and experience levels.

d) Wöchentliches Kostgeld für Lehrlinge ab 1. Mai 1932

Table with columns for Lohnklasse (I, II, III, IV), Kostgeld, and various wage rates for different age groups and experience levels.

Wanderer ins Chaos?

Die Politik der Kommunistischen Partei vollzog sich schon immer und ausschließlich auf der taktischen Ebene. Sie verfügt über eine „taktische Linie“, die keinerlei Abweichungen in der kommunistischen Kampfführung zuläßt, selbst heute nicht, nachdem die Reichspräsidenten- und Preußenwahlen offensichtlich erwiesen haben, daß die kommunistische Partei, orientiert sie sich auch künftig nach ihrer famolen taktischen Linie, weder dem Sozialismus noch dem Kommunismus den Weg bereitet, sondern einzig dem deutschen Nationalsozialismus.

Als vor wenigen Wochen die ersten unerfreulichen Ergebnisse der SPD-Taktik offenbar geworden waren, versuchten die Theoretiker der SPD, den plötzlichen Abtritt großer Teile ihrer Gefolgschaft ins Hitlerlager mit der „revolutionären Umgebend“ der Faschisten zu entschuldigen. Aber... (text continues with analysis of political movements)

Es ist aber schon etwas mehr als kindische Naivität, wenn die SPD, auch heute noch die Gefolgschaft der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen auffordert, sich ihrer Führung anzuerkennen, nachdem die Ergebnisse der letzten Wahlen die angeblichen Führerqualitäten der SPD-Politiker in so blamabler Weise ab absurdam gefügt haben. Seit über einem Jahrzehnt erhebt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei unter der Einheitsfrontparole den durch keinerlei Leistungen gerechtfertigten Anspruch auf Führung der Gesamtarbeiterchaft. Das ist eine Illusion, und die Einheitsfronttaktik der SPD wird so lange Illusionsstatistik bleiben, wie die Kommunisten die Zerstückelung der sozialdemokratischen Organisation als Voraussetzung für die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront proklamieren. Was ist das überhaupt für eine merkwürdige Logik, die Kräftekonzentration der Arbeiterchaft durch Zerstückelung ihrer stärksten und bestorganisierten Kampfeinheiten zu realisieren!

munisten ihre mit der Einheitsfrontparole, als zu düstern mastierte Zerstückelungspolitik weiterhin betreibt, die zu keinem andern Ergebnis führen kann, als zu Bruderzwist und Kräftezerpflitterung. Sinnlos werden täglich in diesem Bruderkampf, ideale, materielle und physische Energien verbraucht. Nüchtern ist der Nationalsozialismus!

„Einen mächtigen Gegner besiegen kann man nur bei größter Anspannung der Kräfte und bei unbedingter (1), sorgfältiger, sorgfamer, vorzüglicher, geschickter Ausnutzung... einer jeden - wenn auch der kleinsten - Möglichkeit, sich einen Verbündeten zu erwerben, wenn auch mit einem zeitweiligen, schwankenden, unbefähigten, unzuverlässigen, bedingten. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht ein Gramm von Marxismus und vom wissenschaftlichen heutigen „zivilisierten“ Sozialismus überhaupt begriffen.“

Es ist erstaunlich, daß die Kommunisten, obwohl sie sich Lenin nennen, die politischen Lehren Lenins, der die zitternden Säule eigens für den Hausgebrauch der deutschen SPD, schrieb, sich so wenig als „zivilisierte“ Sozialisten erweisen. Wir wollen hier nicht unterfragen, wie viel „Marxismus“ die Kommunisten haben, sondern nur festhalten, daß die kommunistische Politik genau das Gegenteil der Politik Lenins ist. Denn die bemühen sich weder vorichtig, noch sorgsam, nicht sorgfältig, und ganz und gar nicht geschickt, Möglichkeiten auszunutzen, einen Verbündeten zu erwerben. Sie bemühen sich überhaupt nicht. Wer sich ihnen nicht bedingungslos verschreibt mit Haut und Haaren, der ist zumindest ein Sozialist. Und wie könnten sie sich mit Sozialisten verbünden?

Offenbar fühlen sich die Kommunisten in der Zisterlung wohl. Sie tun wenigstens so. Sie produzieren sich zwar als kräftige Kämpfer im Streit um die Einheitsfront, verzichten aber auf geschicktes Manövrieren und Baktieren mit möglichen Bundesgenossen. Sie bemühen sich schließlich kampfhäft, unter völliger Mißachtung des gegenwärtigen machtpolitischen Kräfteverhältnisses, eine gewalttätige Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus zu provozieren, obwohl sie einen solchen Machtkampf in keiner Weise gewachsen sein würden. „Den Kampf annehmen“, schreibt Lenin in der gleichen Schrift, „wenn dies wesentlich für den Kampf und nicht für uns vorteilhaft ist, das ist ein Verbrechen, und solche Politiker der revolutionären Klasse taugen nichts, die nicht zu lauzieren, patkieren“ und „Kompromisse eingehen verstehen“, um einer wissenschaftlich unvorstellbaren Schlacht auszuweichen.“

Trotzdem, die Einigung der Arbeiterchaft muß verwirklicht werden. Die Kommunisten müssen begreifen, daß es in der gegenwärtigen Situation nicht um die Verwirklichung sozialistischer Endziele geht, sondern um die Erhaltung der bestehenden Voraussetzungen für das Endziel, die vom Fjchismus bedroht werden.

Wesentlich ist nicht, mit welchen Absichten die SPD, ihre verderbliche Politik betreibt, an deren ideellem Gehalt wir nicht zweifeln. Aber nicht die Absichten rechtfertigen die Methoden ihrer Kampfführung, sondern die Ergebnisse ihrer Anwendung. Die Ergebnisse wären aber das Chaos, der Rückfall der Arbeiterklasse in die faßstische Barbarei. Wanderer ins Chaos? Die Kommunisten müssen ihre taktische Linie gründlich ändern, wollen sie nicht Gefahr laufen, es zu werden. Robert Bauer (Berlin).

Zu den Lenin-Zitaten vergleiche Lenins Schrift: „Der Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus.“

Entzaubertes Eigentum

Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung scheint eigentlich, daß sich in der Krise die Veränderungen und Wandlungen dieses Wirtschaftssystems deutlicher unferm Blick erschließen als in den Zeiten der Konjunktur. So entkand unter den Nöten eines übersteigerten Konkurrenzkampfes die gesellschaftliche Unternehmungsform, die besonders in der Form der Aktiengesellschaft die Einzelunternehmung verdrängte. Auch das Aufkommen der

Banken ist ähnlich zu erklären, denn erst der wachsende, von Unternehmer selbst nicht aufzubringende Kapitalbedarf der schnell sich vergrößernden Unternehmungen ließ die Banken als Kreditanstalten entstehen. Und auch die letzte gewaltige Veränderung im Kapitalismus, die Entwicklung zum Monopolkapitalismus, geschah unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß man denn auch häufig die Kartelle als „Kinder der Not“ bezeichnet hat. So ganz besonderem Maß hat jedoch die gegenwärtige Krise das Gesicht des Kapitalismus verändert und Entwicklungen zum Abschluß gebracht, die von Grund auf die gegenwärtige Wirtschaft umgestalten.

Die kapitalistische Entwicklung nimmt ihren Ausgang von einem Unternehmertyp, der noch alle kapitalistischen Leistungsfunktionen in Personalunion in sich vereinigt, der das Kapital der Unternehmung zur Verfügung stellt, der kaufmännischer und technischer Leiter der Unternehmung und zugleich Besizer der Profitanteile ist, die das Unternehmen abwirft. Dieser Vorstellung des selbstherrlichen, auf privater Eigentumsmacht beruhenden Unternehmens entspricht der vom bürgerlichen Liberalismus gern angelegte Vergleich vom Kapitän, der sein Schiff mit nerviger Hand durch Sturm und Brandung steuert. Mit dem Aufkommen der Banken tritt das Eigenkapital des Unternehmers zurück, denn von nun an erhält das von den Banken geborgte Leihkapital gegenüber dem Eigenkapital des Unternehmens immer größere Bedeutung. Wollends mit dem Übergang zur Aktiengesellschaft, in der die Unternehmungsführung auf bezahlte, im Wege des Dienstvertrags herangezogene Privatbeamte, Direktoren und Angestellte, übergeht, lösen sich die ursprünglich dem Unternehmer zugehörigen Aufgabenkreise mehr und mehr auf und es bleibt allein das kapitalistische Erwerbseigentum übrig, von dem die Aufzuchtungen abgefallen sind und das lediglich Versicherungszwecken dient. Besitz- und Produktionsordnung treten sich von nun an als zwei getrennte und deutlich gegeneinander geschiedene Welten gegenüber, die kapitalistische Eigentumsaufgabe beschränkt sich auf bloßes „Revenuen-Einstreichen“. Höchstens vermag das kapitalistische Profiteinkommen noch einen letzten schwachen Rechtfertigungsversuch durch den Hinweis anzustellen, daß auch jetzt noch der Bezug von Profit geknüpft ist an das Tragen des Risikos in der Wirtschaft, wobei unter Umständen die Gefahr in Kauf genommen werden müsse, beim Mißlingen der Produktion das gesamte Vermögen zu verlieren. Die gegenwärtige Krise hat nun auch diese letzte ökonomische Schwere, die dem kapitalistischen Eigentum verblieben war, Träger des Wirtschaftsriskos zu sein, aufgelöst und damit das Funktionsloswerden des Eigentums vollendet.

Für diese in den letzten Jahren eingetretene Wandlung hat der Berliner Professor Bonu das Wort „Erfolgslosensfürsorge“ geprägt. Er will damit sagen, daß heute in der Praxis der Grundbegriff, daß, wer die Profite einsteckt, auch das Risiko zu tragen habe, längst zugunsten des Prinzipals aufgegeben sei: Der Gewinn ist Privatsache, die Verluste und die schlechten Geschäfte sind dagegen vom Staat zu übernehmen. Die „Sozialisierung der Risiken“ ist heute in einem Ausmaß Wirklichkeit geworden, daß nicht nur die Staatskasse, sondern auch die Steuerkraft der Bevölkerung beinahe reiflos erschöpft wurde. Gewiß mag hinter diesen Staatschiffen vielfach Mißbrauch politischer Macht, in einzelnen Fällen sogar Korruption stehen, entscheidend ist jedoch, daß in dieser Zunahme der staatlichen Fürsorge für notleidende Privatunternehmungen sich der gegenwärtige Zustand der Wirtschaft spiegelt, in der die Konzentration der Unternehmungen zu gewaltigen Wirtschaftsbloks ein solches Ausmaß erreicht, daß der Staat einzupringen gezwungen ist, sobald ein Unternehmen zugrunde zu gehen droht, sollen nicht gewaltige, unreparierbare volkswirtschaftliche Verluste entstehen. Es zeigt sich deutlich, daß in einer Zeit, wo das Schicksal Zehntausender von Menschen, oft sogar ganzer Gemeinden von einem einzigen Unternehmen abhängt, die Wirtschaft aufgehört hat, private Angelegenheit zu sein und öffentliche Angelegenheit geworden ist. Wenn heute in siebzig deutschen Konzernen mehr als eine Milliarde Mark Kapital und rund zwei



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Duls in Berlin
Eingetreten: 14. Mai 1882 — Jetzt Invalide



Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sind, so sind derartige Nischenunternehmungen über die privatkapitalistische individualistische Eigentumsordnung längst hinausgewachsen, denn mit ihnen steht und fällt der gesamte Wirtschaftsapparat. In einem überaus lehrreichen materialreichen Buch hat Joeben Dr. Kurt Nebelsohn („Kapitalistisches Wirtschaftsschaus oder sozialistische Planwirtschaft?“, Dieck-Verlag, Berlin 1932) an zahlreichen Beispielen das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Kapitalvergeudungen und der dadurch notwendig gewordenen staatlichen Fürsorge für unfähige und erfolglose Unternehmer dargestellt. Es wird gezeigt, wie in den letzten Jahren geradezu eine Jagd nach staatlichen Subventionen eingeleitet hat. Nach einer in diesem Buch veröffentlichten Aufstellung, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit machen will, hat allein die private Industrie rund eine halbe Milliarde Mark Subventionen erhalten. Sinzu kommen eine weitere Milliarde Staatsgelder, die zur Sanierung und Wiederaufrichtung der Großbanken (Danat, Dresdener, Commerz und DD-Bank), zur Stützung notleidender Provinzbanken (Barmer Bankverein, Vda, Safförder-Bank, Halle'scher Bankverein) und für zahlreiche Mittelstands- und Genossenschaftsbanken notwendig wurden. Auch die vielfachen Wirtschaftskrisen und Risikoübernahmen der öffentlichen Hand für zahlreiche Finanzierungen müssen erwähnt werden, wobei vor allem an die Ausfallbürgschaft des Reiches bei den Kuffengeschäften erinnert sei, die gegenwärtig bereits eine Milliarde Mark ausmacht. Ein besonders hohes Ausmaß erreicht das staatliche Subventionswesen in der Landwirtschaft, wo heute ein Spezialstudium erforderlich ist, um sich in dem Wirrwarr von Hilfs- und Kreditationen, Notprogrammen, Warzupflichten, Umschuldungsmaßnahmen, Düngemitteln und Saatgutbeschaffung, Stützungsmaßnahmen für Roggen, Kartoffeln, Schlachtvieh, für Eier-, Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften usw. durchzufinden. Zu allem kommt noch die Generalsubvention der deutschen Landwirtschaft, die diese durch einen phantastisch hohen Zollschutz genießt. Das Opfer der Verbraucher durch diese Zölle errechnete der Zentrumsabgeordnete Professor Dessauer bereits für 1930/31 auf 2 1/2 Milliarden Mark. Mit anderen Hilfsmaßnahmen zusammen dürften die der Landwirtschaft zustießenden Subventionen die Höhe von 4 Milliarden Mark oder mehr als 50 Proz. des gesamten landwirtschaftlichen Produktionswertes übersteigen.

Diese Subventionen sind zum größten Teil die unmittelbare Folge der sinnlosen Mißwirtschaft der letzten Jahre. Riesige Kapitalbeträge wurden in unnützen und falschen Investitionen festgefesselt, Millionen und aber Millionen wertvollsten Kapitals wurden durch die Anarchie der kapitalistischen Produktion sinnlos verpulvert. Gewaltige Anlagen im Wert von vielen Millionen wurden gebaut, ohne jemals in Betrieb genommen zu werden. Ein „Friedhof von Industrieanlagen“ ist heute das Ergebnis vieler falschen und verhängnisvollen Wirtschaftspolitik. Menschenopfer gibt eine aufschlußreiche Zusammenstellung über Ausmaß und Umfang, in dem gegenwärtig infolge falscher Anlagepolitik die Unternehmungen unausgenutzt bleiben. So betrug 1931 der Ausnützungsgrad der Stahlwerke nur noch 36 Proz., der der Mährenwerke sogar nur 23 Proz., der der Zementindustrie 25 Proz., der Stickstoffindustrie 40 Proz., der Schiffswerften 25 Proz. und der Fischfabrikation 26 Proz. Anfang 1932 wurden die Anlagen der Produktionsmittelindustrie nur noch zu einem Drittel ausgenutzt. Sinzu kommen als weitere Verlustquellen die überfertigten Bezüge der Direktoren und Aufsichtsräte. Die Zahl der Direktoren der Aktiengesellschaften beträgt gegenwärtig 25 000 und übersteigt damit die Vorkriegshöhe um das Zweieinhalbfache. Die Zahl der Aufsichtsratsposten wird sogar auf 100 000 geschätzt. Für die Höhe der Bezüge dieser Stellen scheint die gegenwärtige Wirtschaft jedes Augenmaß verloren zu haben. Die Vereinigten Glanzstoffabriken AG. verteilte im Jahr 1928 an jedes Aufsichtsratsmitglied je 100 000 M., der Vorstand der Karstadt AG. bezog neben Gehältern bis zu 120 000 M. noch eine Lanteme in Höhe von 30 Proz. des Reingewinns, so daß Vorstand und Aufsichtsrat Bezüge in Höhe von 6 bis 8 1/2 Mill. M. im Jahr erreichten. Die Bezüge des zwölfköpfigen Vorstandes entsprachen den Jahreseinkommen von 4000 Angestellten des Konzerns. Die Vorstandsmitglieder Karl und Heinz Lahusen von Nordwolle-Konzern erhielten 1928 noch 2 Mill. M. Lanteme, als das Unternehmen bereits mit 40 Mill. M. Verlust arbeitete. Für 1928/29 dürften die Bezüge, die sich die Direktoren und Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften auszahlten, rund 2 Milliarden Mark betragen haben, das ist mehr als die Gesamtdividende aller deutschen Aktiengesellschaften in diesen Jahren und etwa ein Viertel der Einkommen der 4 Millionen Arbeiter, die in diesen Gesellschaften beschäftigt waren und bei Lohndrücken 8 bis 9 Milliarden Mark im Jahr verdienten.

So hat in diesen Krisenjahren das kapitalistische Eigentum nicht nur seine wirtschaftlichen, sondern zugleich auch seine moralischen Grundlagen verloren. Der Nimbus, mit dem sich das kapitalistische Eigentum lange Zeit umgeben konnte, ist verschwunden. Die Skandale, Betrügereien, Spekulationen und Kröten haben dem Eigentum den Charakter der Unversehrbarkeit genommen und die so sehr gepriesene „Eignung“ des privatkapitalistischen Leiters hat sich als leer und haltlos erwiesen. Die politische und juristische Ablösung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist heute nur noch die logische Konsequenz eines durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft geschaffenen Tatbestandes.

Korrespondenzen

Bremen. In freier Besprechung am 4. Mai gedachte eingangs zweier verstorbener Mitglieder, denen Begrüßungsvorleser Gokert ehrende Worte des Dankrufes widmete. Unter „Bereitsmittelungen“ gab er bekannt, daß auf Grund mehrerer Anfragen betreffs Abhaltung eines weiteren Rufes für erwerbslose Berufsangehörige eine Eingabe der Organisation an das Arbeitsamt in Bremen gerichtet sei. Der Wert des ersten Lehrganges für Seher und Drucker, der soeben beendet wurde, ist nicht zu unterschätzen, und es wäre nur zu begrüßen, wenn weitere Kurse für die jungen erwerbslosen Kollegen folgen würden. Hieran anschließend wurde das Arbeitslosenproblem einer kurzen Betrachtung unterzogen und auf den Krisenkongreß der freien Gewerkschaften eingegangen. Das Arbeitslosenproblem mußte endlich heraus aus dem Zustand der theoretischen Erörterungen und es müsse wenigstens der Anfang einer befreienden Tat ge-

Die deutschen Volksbüchereien

Das sogenannte akademische Deutschland, umfassend die Zehntausende von Studenten samt ihren Herren Professoren sowie die bereits in den verschiedensten Berufen und Beamten wirkenden Bildungsprivilegierten, verzögert über ausgezeichnete, großmächtige Bibliotheken wertvollsten Inhalts. Wer kennt etwa nicht zumindestens vom Hörensagen oder aus dem heimatkundlichen Unterricht in der Schule die berühmten Staatsbibliotheken, die Bibliotheken der Universitäten, technischen Hochschulen und Akademien, der Behörden und der wissenschaftlichen Gesellschaften? Die alle in großen und ganzen nur einem einzigen ungetrennten Kreis von Menschen zu Studien- und Forschungszwecken zugänglich sind. Die bildungsungrigen dagegen, denen in der Jugend aus pekuniären oder familiären Gründen kein Studium auf höheren und hohen Schulen bewilligt werden konnte, später aber aus eigenem Antrieb sozulagen nebenberuflich zu einem besseren Wissen gelangen wollen, müssen sich anderer Quellen bedienen, um ihr Ziel zu erreichen. Neben den Volkshochschulen und den gewerkschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kursen oder Arbeitsgemeinschaften sind es die Volksbüchereien, die mit ihren geistigen Schätzen wertvolle Hilfsdienste leisten. Solche Volksbüchereien, die dank der Tatkraft fortschrittlicher Volksvertreter in den Parlamenten des Staates und der Gemeinden

errichtet worden sind und aus öffentlichen Mitteln unterstüzt werden, gibt es in Deutschland schon recht viele. Bei der großen Bedeutung, die ihrer Wirksamkeit für die Hebung der Volksbildung zukommt, erscheint es nicht überflüssig, einmal einen Überblick zu geben über den Stand des deutschen Volksbüchereiwesens. Das vom Verband Deutscher Volksbibliothekare E. W. im Verlag von Otto Harrasowich (Leipzig) zum Preis von 10 M. herausgegebene „Jahrbuch der Deutschen Volksbüchereien, IV. Teil, 1929/29 und 1929/30“ bietet reichhaltiges Material, auf das wir uns im wesentlichen stützen. Berücksichtigt wurden darin die Gemeindebüchereien aus 534 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und aus solchen kleineren Gemeinden, bei denen die Beratungsstelle mit angegeben worden ist. Unberücksichtigt blieben demnach viele der sogenannten Zweigbüchereien, deren Gesamtumfang an den Ergebnissen des Jahrbuches nicht viel ändern dürfte. Das Jahrbuch enthält ein genaues Verzeichnis der behandelten Büchereien mit ihren Leitern und Hilfskräften, ein Verzeichnis der (meistens staatlichen) Büchereiberatungsstellen, dann ausgedehnte Statistiken der Gemeindebüchereien, Hinweise auf die Bibliothekschulen, die bibliothekarischen Vereine und auf die Prüfungsbestimmungen für den volksbibliothekarischen Dienst. Uns interessieren vor allem die statistischen Erhebungen, wobei wir uns bei den nun folgenden Zahlenangaben auf das Betriebsjahr 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März

1930) beschränken, allerdings nicht ohne ausdrücklich zu betonen, daß erfreulicherweise in der Berichtszeit durchweg eine ganz erhebliche Vermehrung der Bücherbestände eingetreten ist. Leider enthalten die Statistiken nur Einzelangaben und keine Gesamtübersichten. Nach Berechnungen, die Gerhard Schönfelder im „Völkchenblatt des deutschen Buchhandels“ (Nr. 19/1932) angestellt hat, betrug der gesamte Aufwand rund 8,5 Mill. M. bei 317 Büchereien in 308 Gemeinden, der gesamte Bestand an Büchern rund 5,172 Millionen Bände bei 322 Büchereien in 312 Gemeinden, die gesamte Ausleihe rund 15 Millionen Bände bei 321 Büchereien in 311 Gemeinden und die gesamte Zahl der Leser 657 166 bei 314 Büchereien in 304 Gemeinden. Diese Büchereien decken das Bedürfnis einer Bevölkerung von rund 24 Millionen Einwohnern. Rechnet man, daß für die Inanspruchnahme einer Volksbücherei frühestens die fünfzehnjährigen in Frage kommen, dann ergibt dies: jeder 27. Einwohner ist Benutzer einer Volksbücherei. Befriedigend kann dieses Resultat durchaus nicht sein. Es ist also im deutschen Volk doch noch sehr viel Bildungsarbeit zu leisten! Das Interesse an den geistigen Gütern ist auch noch nicht überall gleich stark vorhanden. Zahlen, die wir aus den Statistiken selbst errechnet haben, mögen dies zeigen. Wir zogen eine Parallele zwischen einer ausgedehnten industriellen Großstadtbefölkerung und der noch überwieiegend agrarischen Bevölkerung eines ganzen Landes: zwischen Berlin mit 4,5 Millionen Einwohnern und Bayern mit

sehen, um den Arbeitslosen zu zeigen, daß sie nicht zu verzweifeln und dem Fatalismus anheimzufallen brauchen. Das seien die Gewerkschaften zu fordern berechtigt. Auch die Frage der Bierzigtundenwoche bedürfe trotz allem der Klärung im Hinblick darauf, Raum für Arbeitslose zu schaffen. Freilich lägen hier die Verhältnisse gewerblich verschieden. Wenn schon, dürfe man auch vor Betrieben mit nur wenigen Arbeitern nicht haltmachen. Um den arbeitslosen Mitgliedern zum Pfingstfest eine Extraunterstützung gewähren zu können, beschloß der Gauvorstand, für jedes Mitglied im Gau 1 M. bereitzustellen, was für den Bezirk Bremen die Summe von 700 M. ausmachte. Der Bezirksvorstand empfahl der Versammlung, etwa die gleiche Summe aus der Bezirkskasse zur Verfügung zu stellen, um den Arbeitslosen trotz der schlechten Finanzlage der Organisation immerhin noch einen namhaften Betrag ausshändigen zu können. Dieser Antrag fand bei den Anwesenden volles Verständnis und wurde einstimmig angenommen. Hierauf berichtete Gauvorsteher Fischer über den Verlauf der Mantel- und Lohnzinsverhandlungen, die sich diesmal ungemein schwierig gestaltet haben, da die Unternehmer jedes soziale Verständnis von vornherein vermissen ließen, um einen Tarif in ihrem Sinne zu schaffen. Wie ein solcher aussehen würde, das ließ Redner der Versammlung an einigen Beispielen erkennen. Indem er klarlegte, welche ungeheure Verschlechterungen in den Anträgen der Unternehmer enthalten sind, Kollege Fischer schilderte den ganzen Verhandlungsverlauf eingehend und gab Verhaltensmaßregeln für die Kollegenenschaft bekannt, da nach dem neuesten Bericht der Reichsarbeitsminister eine Verbindlichkeitsklärung des Tarifschiedsprüchs absehte. Er forderte die Mitglieder auf, erst recht in dieser tarifrassen Zeit Disziplin zu wahren und fest und geschlossen hinter der Organisation zu stehen. In der Aussprache, an der sich fünf Kollegen beteiligten, wurde das Verhalten des Verbandsvorstandes vollauf gefeilt und der Wunsch geäußert, auch bei allen weiteren Verhandlungen nicht locker zu lassen. Die Bremer Mitgliedschaft ist vom Kampfeswillen durchdrungen und steht geschlossen hinter ihm. Unter „Verleidenem“ wurde eine Anfrage an den Vorstand gerichtet, die erst der näheren Nachprüfung bedarf. Es wurde dann noch festgestellt, in Kürze eine Betriebsräte- und Vertrauensmännerprüfung einzuübernehmen, die zu der jetzigen Gestaltung der Dinge Stellung nehmen soll.

Chemnitz (Korrespondenten). Am 24. April hielt unsere Gewerkschaft ihre Jahreshauptversammlung ab, zu der fast alle Mitglieder erschienen waren. Nach der Begrüßung der Kollegen gab Vorsitzender Purtschke den Jahres- sowie den Kassenericht. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Bei den folgenden Neuwahlen erfolgte auf Vorschlag aus der Versammlung Wiederwahl durch Zuruf. Ein Antrag Plawens, den Beitrag auf monatlich 60 Pf. herabzusetzen, wurde gegen eine Stimme, ein zweiter Antrag, die Zentralkommission zu erlöchen, den Kopsbeitrag entsprechend den überall stark verminderten Löhnen ebenfalls herabzusetzen, einstimmig angenommen. Die nächstjährige Hauptversammlung soll in Zwickau abgehalten werden. Nach Schluß der Versammlung hielt Kollege Schwaibart einen befallig aufgenommenen Vortrag über „Entfaltung, Heilung und Verhütung der Arbeiterverfallung“.

Hamburg-Altona. In unserer Versammlung am 4. Mai ehrte Kollege Kunzler zunächst das Andenken von vier verstorbenen Kollegen und gab Johann die Zahl der Arbeitslosen (insgesamt 1402) bekannt. Auf Antrag wurde dem Vorstand Ermächtigung erteilt, nötig werdende Änderungen im Unterstützungsweisen des Gaus vorzunehmen und später genehmigen zu lassen. Kollege G. Thorz hauer gab sodann die Haltung des Vorstandes bekannt, die er in Zukunft den Erwerbslosenversammlungen gegenüber einzunehmen gedenkt und legte der Versammlung die Vorschläge des Vorstandes vor. In keinem Gau des Verbandes sei so entgegenkommend in allen Fragen der Erwerbslosenrechte und -pflichten verfahren worden wie in Hamburg. Anlaß zu diesem Vorgehen des Vorstandes gab eine am 24. April tumultuarisch verlaufene Erwerbslosenversammlung. Nachdem sechs Redner zu dieser Angelegenheit gesprochen und ein Antrag der Opposition hinfallig geworden, erfolgte die Annahme nachfolgender Vorschläge des Vorstandes mit großer Mehrheit: „Die nächste Wahl der Erwerbslosenkommission wird per Stimmzettel vorgenommen. Die Vorschläge sind an die bisherige Erwerbslosenkommission einzureichen; kein Wahlvorschlag darf mehr als 12 Namen enthalten. Erwerbslosenversammlungen werden durch den Vorstand einberufen und geleitet. Der Vorstand kann diese Funktion an die

Erwerbslosenkommission übertragen.“ Kollege W. Ratho wurde hierauf mit 128 Stimmen als Vorstandsmittglied wiedergewählt. Aber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, „Bericht von den Tarifverhandlungen“, referierte sodann Gauvorsteher Kunzler in allgemeiner verständlicher Ausföhrung. Auf die bemerkenswertesten Punkte eingehend, schilderte er in diesem Zusammenhang alle Phasen der Verhandlungen in Berlin, wie sie in den Nummern 32, 33, 35 und 36 des „Korr.“ der Kollegenchaft erschildert berichtet worden sind, so daß sich ein näheres Eingehen darauf erübrigt. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausföhrung gab Kunzler bekannt, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Zentralständigungsamtes abgelehnt hat. Weiter sei durch Notverordnung eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden in Aussicht genommen. Aber nicht die Bierzigtundenwoche, sondern die Fünftageswoche sei nötig, wenn eine nennenswerte Zahl von Arbeitslosen wieder in die Betriebe gebracht werden soll. Nur Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterchaft kann unsere Position in dieser schweren Zeit dem Kapitalismus gegenüber stärken. Im Anschluß an den Bericht brachte Kollege Thorz hauer für den Gauvorstand folgende Entschöpfung zur Kenntnis und erliefte um deren einstimmige Annahme: „Zum Zweck der wirksamen Unterbringung von Arbeitslosen fordert die am 4. Mai 1932 veranlassete Mitgliedschaft des Gaus Hamburg-Altona im Verband der Deutschen Buchdrucker für die Durchführung der in Aussicht stehenden Arbeitszeitverkürzung erneut die Fünftageswoche sowie ihre Ausdehnung auf alle Betriebe. Es muß zugleich die Verpfichtung ausgeprochen werden, für die ausfallende Zeit entsprechende Einstellungen vorzunehmen. Da die enorme Arbeitslosigkeit überwiegend eine Folge der hochentwickeltesten Lednit ist, die sich bisher nur zugunsten der Besitzer der technischen Hilfsmittel ausgewirkt hat, sind die Unternehmer durch Lohnausgleich zu den Kosten heranzuziehen.“ In der Aussprache kamen drei Redner der Opposition zum Wort, die ihren gewerkschaftsfeindlichen Setzungsstandpunkt vertraten, der letzte von ihnen prozitierte durch beleidigende Ausföhrungen über die Gewerkschaftsgenossen Tarnow und Leipart die Versammlung in einem solchen Grad, daß es der Leitung schwer möglich war, die Ordnung wieder herzustellen. Nach Schluß der Aussprache berichtete Kunzler auf ein Schlußwort und gab noch bekannt, daß dringend beachtet werden müßte, daß Übereinstimmung beider Parteien darüber besteht, daß die bisherigen tariflichen Arbeits- und Lohnbedingungen für Gehilfen und Hilfsarbeiter so lange in Geltung bleiben, bis eine andere Regelung getroffen ist. Versuche, eine Änderung der Einzelarbeitsverträge herbeizuföhren, seien zurückzuweisen und dem Gauvorstand ist in allen Fällen sofort Mitteilung zu machen. Die Entschöpfung des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit angenommen; ein Antrag der Opposition dagegen abgelehnt.

Hannover. In unserer Versammlung am 9. Mai wurden 50 junge Kollegen in feierlicher Weise durch den zweiten Vorsitzenden Schrader in den Verband eingeweiht. In einer Zeit, wo die Gegner der modernen Arbeiterbewegung alles aufbieten, um die Jugend durch schamlose Verhöhnung der Ziele der Arbeiterchaft zu entfremden, sei es Pflicht, sich eng an die Berufs Kollegen anzuschließen und mit ihnen gemeinsam den Kampf für eine bessere Zukunft zu föhren. Durch Sachföhrung und Einigkeit sei der Verband zu seiner Größe gekommen, und darum sei es notwendig, daß die Jugend sich zu fähiger Mitarbeit zur Verfügung stelle. Die Liebertafel, „Typographie“ umraimte durch einige passende Lieber diese schlichte, würdige Feier. Unter „Mitteilungen“ verlas Vorsitzender Wid ein nur an die höchsten Funktionäre gerichtetes vertrauliches Rundschreiben der NSDAP, das sich mit der Errichtung von Betriebszellen beschäftigt. Die ganze Erträglichkeit dieser „Arbeiter“partei kommt darin zum Ausdruck, denn auf der einen Seite soll eine widerliche Spießkesserei gegenüber dem Unternehmer betrieben werden und auf der andern Seite den Arbeitern vorgegankelt werden, daß nur sie die Interessen der Belegschaft wahrzunehmen in der Lage seien. Daneben eine Fülle von Verdrehungen und Lügen, wie man es ja nachgedruckt von dieser famosen „Arbeiterpartei“ gewohnt geworden ist. Unser Gauvorsteher Pfingsten berichtete sodann über die Verhandlungen über den Manteltarif, die Klübigung des Lohnzins und aller hiermit zusammenhängenden notwendig gewordenen Vorföhren. Redner verstand es, in eingehender Weise darzulegen, aus welchem Grund die Leitung unserer Organisation so handeln mußte wie gesehen und daß die gesamte deutsche Kollegenchaft in gahl-

reichen Zuföhren und Telegrammen ihr Einverständnis mit der Handlung des Verbandsvorstandes erklärt habe. Der lebhafteste Beifall bewies, daß die hiesige Kollegenchaft bereit ist, jede Verschlechterung auf dem Tarifgebiet abzulehnen und verlangt, daß die von dem Schlichter ausgehende Umwandlung der Ferien in eine Hungerkur auf keinen Fall Geleg wird. Ferner müssen seitens der Regierung enstliche Schritte unternommen werden, die eine Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprojek gewährleisten.

Hildesheim. Unsere Bezirksversammlung, die außerordentlich früh besetzt war, fand am 1. Mai am Borort statt. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Freutel wurden geschäftliche Mitteilungen bekanntgegeben. Sodann erfolgte die Aufnahme der Neuausgewählten in unsere Reihen. Der Vorsitzende richtete beherzigenswerte Worte an die jungen Kollegen und überreichte ihnen im Namen des Gauvorstandes die kleine Verbandsgehefte. Für 23jährige Verbandsmitgliedschaft konnten drei Kollegen geehrt werden. Geschäfts- und Kassenericht, die gedruckt vorlagen, wurden ohne Debatte entgegengenommen. Die Mitgliedszahl blieb unverändert. Dem Kassierer Florke wurde für die musterghätige Kassenerführung einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung erneut bekräftigt. Anschließend gab uns Gauvorsteher Pfingsten einen Bericht von dem bisherigen Verlauf der Manteltarifverhandlungen und den geplanten weiteren Lohnabau. Daß unsere Mitglieder nicht gemißt sind, eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung willenlos hinzunehmen, ergab die einstimmige Annahme folgender Entschöpfung: „Die heutige, stark besuchte Versammlung des Bezirksvereins Hildesheim stellt sich geschlossen hinter ihre Funktionäre und spricht ihnen ihr vollstes Vertrauen aus. Die Bezirksversammlung steht geschlossen gegen die Verbindlichkeitsklärung des überhöhten Schiedsprüchs.“ Ein Antrag, der besagte, daß vorläufig sämtliche Bezirksversammlungen durch Vertrauensmännerkonferenzen ersetzt werden sollen, um das hierdurch ersparte Geld den Arbeitslosen zugute kommen zu lassen, wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen. Hierauf erfolgte noch die Erledigung interner Angelegenheiten.

Rhm. Am Himmelfahrtstag fand in Bonn eine lombinierte Konferenz der Lehrlingsleiter und Fachauschüßleiter des Gaus Rheinland-Westfalen statt. Gauvorsteher Böschner konnte 48 Jugendleiter und die Objekte der Fachauschüße der rheinisch-westfälischen Handwerksammerbezirke begrüßen. Insbesondere galt sein Gruß dem Hauptreferenten der Taugung, Kollegen Artur Wolfram vom Verbandsvorstand. Der Vorsitzende des Bezirks Bonn, Kollege Radus, entbot den Erschienenen namens der Bonner Kollegenchaft ein herzliches Willkommen, betonte, daß gerade Bonn, wo Ernst Moriz Arndt und Schinkel für den Freiheitsgedanken gewirkt hätten, der geeignete Boden für eine sich mit der Erziehung der Jugend befassende Konferenz sei. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gab Gaulehrlingsleiter Friedrich zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Unsere Lehrlingsabteilungen im Gau“, einen ausführlichen Bericht über den letzten Konferenz beruostenen Zeitabschnitt. Aus seinen Ausföhrungen lang heraus, daß trotz der Wirtschaftskrise eine rege Tätigkeit herrschte, was besonders aus der Zahl von 1722 Veranstaltungen mit 21.863 Besuchern in den Lehrlingsabteilungen des Gaugebietes hervorgeht. Kollege Friedrichs dankte allen, die sich im Dienst der Jugendbewegung betätigt haben, insbesondere aus den beruflichen Gründen von ihren Posten zurückgetretenen Bezirkslehrlingsleitern Bröder und Hildebrand. Kollege Wolfraam behandelte hierauf den Punkt 2, „Tarifliche und Organisationsfragen über die Lehrlingsabteilung und die Lehrlingsordnungen.“ In seinem zweifelhändigen Vortrag verstand er die Führer von Anfang bis zu Ende zu föhren. Seine Ausföhrungen zeigten, daß er ein würdiger Nachfolger des Kollegen Fülle ist und das Gebiet der Jugendberziehung und -pflege vorzüglich beherrscht. Starter und berzeitiger Beifall dankte ihm denn auch für das musterghätige Referat. „Die Tätigkeits der Fachauschüßleiter“ war das Thema, das Kollege Böschner anschließend eingehend behandelte. In längeren Ausföhrungen gab er einen Auschnitt aus dem reichen Arbeitsfeld der Fachauschüßvertreter, deren Tätigkeit sich seit der letzten Konferenz erfreulich gehoben habe. Zwischen Lehrlingsleitern und Fachauschüßvertretern müßte besser zusammengearbeitet werden. Aber diese drei Referate wurde eine gemeinsame Aussprache geföhrt, an der sich 17 Redner beteiligten und die das rege Interesse der 68 Versammelten an der Jugend-

rund 8 Millionen Einwohnern. Die Weltstadt Berlin hat in ihren sämtlichen 20 Bezirken Volksbibliotheken mit einem Gesamtbestand von 747.561 Bänden. Ausgeliehen wurden insgesamt 2.391.197 Bände. Die Zahl der aktiven Leser war 105.526. Der Gesamtaufwand betrug 2.111.970 M. In 22 Orten Bayerns, einschließlch der großen Städte München, Nürnberg und Augsburg, mit teilweise industrieller Bevölkerung waren Volksbüchereien mit einem Gesamtbestand von nur 338.257 Bänden und einer Gesamtausleihe von 856.806 Bänden zu verzeichnen bei einer Gesamtzahl von 45.341 aktiven Lesern und einem Gesamtaufwand von 749.575 M. Auf Münchener allein entfielen als Bestand 130.456 Bände, als Ausleihe 361.432 Bände, als aktive Leser 12.733 und als Aufwand 482.465 M.

Der Anteil der Arbeitslosen als aktive Leser in den Volksbüchereien nimmt erheblich zu. Von vielen Büchereien wurden Angaben darüber in der Statistik nicht gemacht. Aus einigen Beispielen geht aber hervor, wie stark das geistige Bedürfnis unter den Erwerbslosen ist, die aufgewungene Freizeit zum Lesen von guten Büchern zu benötigen. So waren in Berlin-Weißensee von 2123 Lesern 716, in Charlottenburg von 12.117 Lesern 1492, in Ludwigshafen von 1787 Lesern 613 und in Dortmund von 5006 Lesern 1606 erwerbslos. Gegenwärtig dürfte der Anteil der Erwerbslosen an der Zahl der aktiven Leser in den Volksbüchereien noch sehr viel größer geworden sein.

Die Volksbüchereien unterscheiden in ihren Bücherbeständen vier Gruppen: 1. Schöne Literatur, 2. Dramen, Gebichte, Klassiker, 3. Befehrende Literatur und 4. Musikalien. Am meisten verlangt waren Bücher aus den Gruppen 1 und 3, mit großem Abstand folgt Gruppe 2, und die Gruppe 4 wurde überhaupt nur von verhältnismäßig wenigen Volksbüchereien gepflegt. Nürnberg, A. hatte einen Bestand von 11.265 Musikalien, von denen 14.019 ausgeliehen wurden. Schöngungsweise verfährt sich im Durchschnitt die Bestandsziffer an Büchern zur Ausleihzahl wie 1:3. Erhebliche Abweichungen nach oben und unten sind aber vorgekommen. So weist Trier einen Bücherbestand von 19.931 Bänden und eine Ausleihe von 108.497 Bänden, also mehr als das Fünffache, aus. Tübingen dagegen besitzt 3815 Bände, von denen nur 3298 verlangt wurden. Erhebliche Unterschiede bestehen auch in der Regelung der Zeitsgehühren und bei den Vergünstigungen für Jugendliche, Erwerbslose und Sozialrentner. Den Erwerbslosen das Benutzen der Volksbüchereien möglichst zu erleichtern, sollte als eine dringliche Forderung angesehen werden.

Es ergibt sich nun die Frage: Ist das graphische Gewerbe an dem Bestand und dem weiteren Ausbau der Volksbüchereien besonders interessiert? Die Antwort kann nur ein unbedingtes Ja sein! Verschiedene starke Verjährungspunkte sind vorhanden. Entschiede das Jahrbuch eine Statistik über die Berufszugehörigkeit der Benutzer von Volksbüchereien, die Buchdrucker und die ihnen verwandten

Facharbeiter finden bei weitem nicht an letzter Stelle! Das wird jeder verstehen und bekräftigen, der das Bildungs- und Lebensbedürfnis unserer Berufszugehörigen kennt. Von den Volksbüchereien wird bereits ein nicht gering zu schätzender Teil der Bücherproduktion aufgenommen. Bei der Krise im Buchhandel, die jetzt mit ziemlicher Heftigkeit eingeleht hat, kommt dieser Funktion der Volksbüchereien eine erhöhte Bedeutung zu. Die Preisrevolution im Buchhandel kann allerdings von den Volksbüchereien nicht vollauf zur Ergänzung und Vermehrung ihrer Bücherbestände ausgenutzt werden, weil Notverordnungen und Statbeschränkungen und auch Personalmangel zwingende Fesseln auferlegen. Immerhin verankelt die allgemeine herrschende Wirtschaftskrise immer mehr Bücherleser dazu, an Stelle des Kaufes von Büchern in der Buchhandlung, Bestoff in der Volksbücherei zu entnehmen. Das schnellere Wachstum der Volksbüchereien gewährleistet doch mindestens die Sicherstellung einer nicht ganz geringen Neuproduktion an Büchern. Eine starke Förderung der Volksbüchereien durch unsere Berufszugehörigen ist aber schon deshalb dringend nötig, weil sie dazu geschaffen sind, vorbildend zu wirken und den Handverlah der Bücherleser zu erhöhen sowie der Ausbreitung von Schundliteratur entgegenzuarbeiten. Das alles sind doch Ziele und Aufgaben, die auch den Buchgewerber angehen und von ihm mitgelöst werden müssen.

W. Kothensfelder.

erziehung zeigte. Die Referenten gingen dann in kurzen Schlüsselworten auf einzelne Punkte noch näher ein. Zweiter Gauvorsitzender Fretz berichtete über die Sitzung mit den Bezirkspräsidenten und Handwerkskammervertretern, in der die Lehrpläne für den März 1933 verlängert wurden. Für die erneuten Verhandlungen müßten die Anträge zur Lehrpläneordnung bis Anfang September d. J. eingereicht werden. Unter „Besprechendem“ machte Gauverwalter Müller zur Ausführung über die Rechte und Pflichten der Jungbuchdrucker im Verband. Dem früheren Verbandsschlichter Fülle sprachen die Versammelten Dank und Anerkennung für seine für die Jugendbewegung geleistete vorzügliche Arbeit aus. Als Tagungsort der nächsten Konferenz wurde Dortmund bestimmt. Nachdem noch eine Reihe Angelegenheiten und Fragen erledigt waren, schloß Kollege Köhler kurz vor 7 Uhr abends mit dem Dank an die Erschienenen und dem Wunsch, daß die Beratungen sich zum besten der Jugendziehung auswirken, die Konferenz.

Mainz. In're Bezirksversammlung am 2. Mai war gut besucht. Eingangs gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten zweier verstorbenen Kollegen. Aufgenommen wurden 16 Neuaufgenommene, die sämtlich aus dem Lehrplänegebiet übertraten. Über die Lage auf dem tariflichen Gebiet berichtete der Vorsitzende in eingehender Weise. In der sich anschließenden Aussprache nahmen verschiedene Redner scharf gegen den Schiedsgericht Stellung. Sie betonten dabei, daß nun endlich mit der Verleumdungspolitik Schluss gemacht werden müsse und sprachen die Hoffnung aus, daß der Reichsarbeitsminister diesem Monstrum von Schiedsgericht die Verbindlichkeitserklärung verleihe. Seit Jahren habe die Arbeiterchaft im Buchdruckgewerbe durch Kurzarbeit und Lohnkürzung kaum mehr zu ertragender Opfer auf sich genommen. Vom Verbandsvorstand erwartet die Verwirklichung die Anwendung der notwendigen Gegenmaßnahmen.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 30. April, die Stellung nahm zu den Manteltarif- und Lohnverhandlungen, wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Kollegen Philipp ein ehrender Nachruf gewidmet. Eine Reihe Neuaufgenommener gelangte zur Aufnahme, an die Vorsitzender Schramm ermahnende Worte richtete, allezeit ihrer Rechte und Pflichten eingedenk zu sein. 33 Seher, 6 Drucker und ein Schweizerdegen unterzogen sich der Gehilfenprüfung. Das Ergebnis der Prüfung war im Durchschnitt gut, der Einfluß der Fachschule machte sich geltend. Der Vorsitzende rekapituliert hierauf eingehend den bisherigen Verlauf der Manteltarif- und Lohnverhandlungen, hervorhebend, daß unsere Vertreter alles daran gesetzt hätten, die Verschlechterungen abzuwehren. Dem schriftlichen Ersuchen der Bezirke Düsseldorf und Wiesbaden, aufs äußerste zu gehen und sofortigen Abwehrkampf einzuleiten, schloß sich die Versammlung an. Die Disziplin war eine überaus rege. Verechthigte Empörung über die maßlosen Verschlechterungsanträge unserer Prinzipale machte sich geltend. Alles wurde bisher geschluckt, die Noterordnungen gingen zu Lasten der Arbeiterchaft. Es müßte mit der bisherigen Taktik Schluss gemacht werden. Auf der einen Seite wurde darauf verwiesen, daß wir uns in einer nach und nach gewachsenen Krise befinden und die noch vorhandene Stoffkraft darauf verwendet werden müßte, das Existenz zu halten. Ein Einfluß geht den Führern nicht ab und sie hätten allezeit die Wahrung der Interessen unserer Kollegenchaft in den Vordergrund gestellt. Man sollte sich nicht für eine Aktion festlegen, eine diesbezügliche Resolution besage nichts. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, in einem Telegramm an unsere Vertreter die schärfste Stellungnahme gegen die Verbindlichkeitserklärung einzunehmen, schloß sich die Versammlung an. Dem Antrag des Vorstandes, zur Ergänzung unserer Bibliothek, die stark frequentiert wird, 100 M. auszuwerfen, stimmte die Versammlung gleichfalls zu, ebenfalls fand der Antrag Umnahme, in Unbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage von der diesjährigen Feier des Johannisfestes Abstand zu nehmen. Verknüpft mit der Versammlung war eine Ausstellung der hiesigen Buchdruckerfachschule, wozu unsere Kollegen Fachlehrer Fischer und Güllich, Erläuterungen gaben. Berufswidrigkeit spricht aus den Arbeiten, trotz beschränkter Mittel und beengter Räume, und es wäre an die Stadt die Mahnung zu richten, nicht verkehrte Sparsamkeit walten zu lassen.

Oberstein-Dar. Zur Bezirksversammlung am 7. Mai hatten sich die Kollegen von Oberstein, Dar und Birkenfeld zahlreich eingefunden, um das Referat des Bezirksvorsitzenden Glaser (Koblenz) über die Bezirkskonferenz in Köln entgegenzunehmen, wobei die Lärmschallungen und die abwegige Taktik im Düsseldorf Ortsverein die Hauptthemen bildeten. Die Versammlung stellte fest, daß die Haltung unserer Vertreter in Berlin die richtige war und verlangt Uebung jeder weiteren Preisgabe erkämpfter Arbeitsbedingungen. Durch den zweiten Vorsitzenden Fraßel (Koblenz) wurde dem Wert der Sparten, hier besonders der Maschinenseher, eindringlich das Wort geredet. Er fand erfreulicherweise Erfolg. Mit der Versammlung war eine reichhaltige Ausstellung der Arbeiten aus dem Arbeitslofenkurs (Leiter Karl Rudolph) verbunden.

Offenbach a. M. (H andseher). In're Quartalsversammlung am 23. April eröffnete Kollege Hügel mit diversen geschäftlichen Mitteilungen. Insbesondere wurde auf den am 22. Mai stattfindenden Ausflug hingewiesen. Eine aufsteigende Kundgebung wurde besonderer Beachtung empfohlen. Der Kassenbericht wurde ohne Widerspruch entgegengenommen. Im Vordergrund des Abends stand ein Referat des Kollegen Manhold (Frankfurt a. M.): „Wahre ich meine Rechte als Arbeitslofer der Reichsversicherung gegenüber?“. Der Vortragende verstand es, in allgemeinverständlicher Weise darzulegen, was die Rechte in der Reichsversicherung bei Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betrifft. Er ging in feinen weiteren Darlegungen auf die Krisenfürsorge ein. Kollege Manhold erntete für seinen Vortrag regen Beifall und die kurze Debatte bewies, daß er verstanden worden war. Der Vorsitzende dankte dem Referenten namens der Versammlung. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten beendeten die Versammlung.

Gau Saargebiet. Am 7. und 8. Mai hielt der Gau Saargebiet seinen sechsten ordentlichen Gantag ab. Als Gäste waren erschienen der Gauvorsitzer von Elsaß-

Lothringen, Kollege Bodel, und Kollege Buchmann vom Straßburger Vorstand, ferner die Delegationen der dem graphischen Kartell angehörenden Organisationen sowie zahlreiche Mitglieder. Gauvorsitzer Störz beglückte die erschienenen Gäste und Delegierten auf das herzlichste und gab dem Wunsch Ausdruck, daß auch dieser Gantag, wie die bisherigen, ruhig verlaufen und nur positive Arbeit für die Gesamtsolidarität leisten möge, zum Wohle des Verbandes. Am dem Gesichts- und Kassenbericht des Vorstandes wurde wenig Kritik geübt, trotzdem die finanziellen Verhältnisse stark angepannt waren. Die Wahl des ersten Gauvorsitzers fiel einstimmig auf den Kollegen Störz, der bisherige zweite Gauvorsitzer, Kollege Stüber, wurde ebenfalls mit überzogener Mehrheit gewählt. Für die Beisitzer wurden dem Ortsverein die Vorsitzenden der verschiedenen Sparten vorgeschlagen. Als Gauhehrungsleiter wurde der alte bewährte Kämpfer Hengel sen. gewählt. Dann gab Kollege Störz einen ausführlichen Bericht über die organisatorische und tarifliche Lage im Saargebiet unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage im Reich. In der Aussprache beteiligten sich zahlreiche Kollegen. Schärfster Protest gegen die Willkürmaßnahmen der Unternehmer spiegelten sich in allen Reden. In der Unterfrügnungs- und Beitragsfrage zeigten die Delegierten einen kollegialen und von großer Solidarität getragenen Geist. Trotz Abbaus der Arbeitslofen- und Krankenunterfrügnung von sieben auf sechs Tage wurde eine Erhöhung des Kostandunterfrügnungsbeitrags um 2 Fr. vorgenommen, um den ausgeteuerten Kollegen auch weiterhin unter die Arme greifen zu können. Kollege Bodel (Straßburg) gab am Schluß des Tages einen längeren und mit großem Beifall aufgenommenen Bericht über die organisatorische und tarifliche Lage in Elsaß-Lothringen und Frankreich. Kollege Störz dankte allen Anwesenden für ihre tatkräftige Mitarbeit und schloß um 6 1/2 Uhr abends die zur verlaufene Tagung mit einem Hoch auf unsern Verband, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Weimar. In're stark besuchte Bezirksversammlung am 30. April nahm nach einem Situationsbericht des Gauvorsitzers Wisluga über die Lage im Gewerbe Stellung zu dem gefällten Schiedsgericht, der einmütig mit starker Entrüstung abgelehnt wurde. Zur Bekämpfung der außerordentlich starken Arbeitslosigkeit wurden durchgreifende Maßnahmen verlangt. Die Biergastkundenwoche wurde einer kritischen Betrachtung unterzogen und teilweise der erwartete Erfolg stark angezweifelt. Wenn die Arbeiterchaft in solidarischem Handeln auch diese neue Belastung auf sich nimmt, so müßte doch die Forderung erhoben werden, alle Schichten, Arbeiter, Angestellte und Beamte, gleichmäßig in den Plan einzubeziehen, um eine gerechte Verteilung der Lasten zu sichern.

Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfung. In der diesjährigen Gehilfenprüfung in Augsburg beteiligten sich 46 Prüflinge, nämlich 31 Seher (davon 8 von auswärts), 14 Drucker (einer von auswärts) und ein Schweizerdegen von auswärts. Von den Sehern erhielten im Praktischen die Note Sehr gut 18, Gut 11, Genügend 3, im Theoretischen die Note Ausgezeichnet 2, Sehr gut 10, Gut 8, Genügend 3. Von den Druckern erhielten im Praktischen die Note Ausgezeichnet 2, Sehr gut 10, Gut 2, im Theoretischen die Note Sehr gut 13, Gut 1. Für hervorragende Leistungen erhielten zwei Seherkollegen und zwei Druckerkollegen Prämien.

Proteststreik Danziger Buchdrucker gegen Zeitungsverbot. Als Protest gegen das Verbot der „Danziger Volksstimme“ auf drei Monate traten die dortigen Buchdrucker in einen Proteststreik ein. Sie verlangten vom Senat die Aufhebung des Verbots, um die dadurch drohenden schweren wirtschaftlichen Schäden für das technische Personal abzuwenden. Der Streik fand in weiten Bevölkerungskreisen ungeteilte Sympathie. Wie Berliner Zeitungsmeldungen besagen, ist der Streik inzwischen mit Erfolg beendet worden. Es wurden alsbald Verhandlungen aufgenommen mit dem Ziel, das unter nationalsozialistischem Druck vom Danziger Senat erlassene Verbot aufzuheben.

Ausschaltung von Doppelverdienern bei Arbeitszuweisung. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat durch Rundschreiben an die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter neue Anordnungen zur Ausschaltung von Doppelverdienern bei Arbeitszuweisung getroffen. Bei jedem Arbeitsgesuch sollen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so gewissenhaft geprüft werden, daß bei der Auswahl von Arbeitnehmenden für offene Stellen möglichst keine Doppelverdiener vorgeschlagen werden. Der Begriff „Doppelverdiener“ wird nicht näher erläutert. Zur Berücksichtigung werden Familienväter und langfristige Arbeitslose empfohlen. Die Arbeitsämter sollen weiterhin, ohne die ihnen gezogenen Grenzen zu verletzen, in besonderen Fällen die Auswechslung von Doppelverdienern durch erwerbsbedürftige Arbeitslose unterstützen. Über die Wirkung dieser Maßnahme und über ihre Erfahrungen sollen die Landesarbeitsämter dem Präsidenten der Reichsanstalt bis zum 1. Oktober Bericht erstatten. Seit Jahren bemüht sich die Reichsanstalt, die Arbeitgeber zu einer regelmäßigen Inanspruchnahme der Arbeitsämter zu veranlassen. Dabei wurde wiederholt verflücht, daß bei Zuweisung von Arbeitslosen die Frage der Eignung zuerst geprüft würde. Man kann gewiß annehmen, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage auch unter den unbedingt auf Erwerb angewiesenen Arbeitslosen jederzeit ausreichend vollqualifizierte Arbeitskräfte für jede Anforderung zu finden sind. In jedem Fall vollzieht sich auch weiterhin die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter nach dem Grundsatz, daß für die Auswahl der Bewerber in erster Linie beste berufliche und körperliche Eignung entscheidend.

Zeichen der Zeit. Ein Hamburger Maurerlehrling sollte die Gefellenprüfung machen. Mit Abtätigkeit lernte er ein so außerordentlich schlechtes Gefellenstück, daß er die Prüfung nicht bestand. Es graute ihm daher, als Gefelle arbeitslos auf der Straße zu liegen, lieber wollte er als Helfling weiterarbeiten! Der Vorfall, so einfach er auch ist, zeigt die ganze Not der Jugend von heute.

Schönjunktur der Falschgelddruckerei. Von den Maßnahmen, die die Herstellung von falschen Geldscheinen in

Polen angenommen hat, gibt ein Bild die Aufdeckung von Falschgelddruckereien, die hier (Sulzlagen an der Tagesordnung sind. So wurde dieser Tage in Warschau eine große Falschmünzwerkstatt aufgedeckt, die in einer Metallwarenfabrik in der Lucifer Straße untergebracht war. Nach längerer Beobachtung wurde das Gebäude umstellt; die Polizeibeamten drangen in das Innere des Betriebs ein und fanden ihn in voller Tätigkeit. Es konnte eine ganze Anzahl von Maschinen der modernsten Art beschlagnahmt werden, die Falschgeld in großem Umfang produzierten, und zwar in solcher Güte, daß die Unterscheidung von richtigem Geld für den Laien überhaupt nicht möglich war. Hergestellt wurden in der Hauptsache Zwanzig-Floty-Scheine, daneben aber auch Hartgeld und zwar zwei-Floty-Stücke. Es ist dies die größte Falschgelddruckerei, die bisher in Polen aufgedeckt wurde; sie gehörte einem früheren Polizeibeamten, der außerdem in Bromberg ein Hausgrundstück und eine Nagelfabrik besitzen soll. Die gesamte Beschäftigung der Fabrik in einer Anzahl von rund 60 Personen wurde verhaftet. — Kurz vorher wurde auch in Polen eine Falschgelddruckerei aufgedeckt. Hier handelte es sich um fünf Personen, die falsche Hundert-Floty-Noten herstellten und in den Verkehr brachten. Bei der Hausdurchsuchung wurden außer den Maschinen, Matten usw. auch für 50 000 Floty fertige falsche Scheine beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Druckerkollege Vincent Fiedler. — Um dieselbe Zeit fand vor dem Posener Bezirksgericht eine Verhandlung gegen 17 Personen statt, die der Herstellung und des Verkehrs von falschen Zwanzig-Floty-Scheinen angeklagt waren. Unter ihnen befanden sich der Schriftführer Kustowski und der Lithograph Wojciechowski. Die Verhandlung nahm einen eigenartigen Ausgang. Während die Verbreiter der falschen Scheine Zuchthausstrafen bis zu vier Jahren erhielten, wurden die eigentlichen Hersteller des Falschgeldes freigesprochen. Das Gericht stützte sich bei dem Freispruch auf die Bekundung eines „Sachverständigen“, des Leiters einer größeren Posener Druckererei, der auslegte, daß die beschlagnahmte und vor dem Gerichtsstische aufgestellte Postenpresse für die Herstellung der falschen Scheine nicht in Frage kommen könne, da Mehrfarbendruck auf ihr nicht möglich sei. (!) Druckerleiter von heute!

Wird es besser? Diese naheliegende Frage, die heute besonders die wertaktigen Volksschichten lebhaft beschäftigt, wurde in seiner Nummer vom 1. Mai auch vom „Vorwärts“ aufgeworfen. „Seit die Weltreicherung in Wirtschaftsstößen mehr Willen und Laitskraft zeigt“ — so heißt es in der daran geknüpften Betrachtung — „geht etwas frische Luft durch Deutschland. Der Weltmissismus scheint weniger fähig zu wirken als bisher, Anfänge zum Optimismus scheinen sich auch wirtschaftlich schon auszuwirken. Die Arbeitsbeschäftigung, so viel Mängel sie hat, eine Hoffnung. Die Börse hauffiert — sicher im Gefolge auch der einander rasch folgenden Zinsenkungen — schon seit einigen Wochen. Der neue Arbeitsmarktbericht sah etwas freundlicher aus. Daß die Franzosen als Krisisfreunde gewähnt haben, ist ein Verschprechen für die Lösung der internationalen Probleme, man anerkennt mehr und mehr handelspolitische Dummheiten auch dann als Dummheiten, wenn alle Wölfer sie machen, und daß die Nazis im Maß ihrer vorübergehenden Domogonie schon den Boden sehen, wirkt wenigstens nicht mehr kreditretzend. In diesem Rahmen ist die erstmalige geringe Entlastung der Reichsbank in der ersten Monatswoche möglicherweise nicht ohne wirtschaftspolitische Bedeutung.“ Diese optimistische Auffassung stützt sich auf eine Reihe vom „Vorwärts“ angeführter günstiger Erscheinungen, die im Bankausweis vom 7. Mai zutage traten und dafür sprechen, daß sich die psychologische Gesamtsituation bessert. In diesem Zusammenhang sei auch noch ein sachkundiger Artikel in Nr. 32 des „Deutschen Volkswirts“ über das Ende der Goldknappheit hier erwähnt. Der Artikel beginnt mit den Sätzen: „Das Ende der Goldknappheit ist in Sicht. Wahrscheinlich wird das Problem der Goldknappheit im nächsten Jahr bereits der Vergangenheit angehören.“ Der Artikelverfasser Ernst Stern, Statistiker der Reichsreditgesellschaft, stellt fest, daß die Goldproduktion in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, z. B. von 1929 bis 1932 von 141 auf 161 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt. Weiter kommt er noch zu der Annahme, daß Frankreich hinfort nicht mehr in der Lage sein wird, mehr als die gesamte Goldproduktion eines Jahres aufzukaufen und in seine Keller einzusperren. Die Kräfte, die Frankreich zu dieser Goldfortsetzung befähigten, beginnen zu erlahmen. Auch die kleinen Gläubigerländer, wie die Schweiz und Holland, dürften hinfort nicht mehr die Kraft aufbringen, ihre Goldbestände weiter zu vermehren. Es kommt ferner hinzu, daß Gold in verschiedenen Ländern, z. B. Indien, in großen Mengen freigegeben und dem Verkehr zugeführt wird. Deshalb dürfte die Weltwirtschaft vor einer Wende stehen. Soweit von der Goldproduktion und Goldbewegung überhaupt ein Einfluß auf Preis-, Kredit- und Konjunkturbewegungen ausgeht, dürfte sie sich vom Negativen zum Positiven bewegen. Wenn die Weltwirtschaft auch noch durch Reparationen, politische und soziale Spannungen in ihrer Entfaltung gehemmt wird, so dürfte immerhin die Sorge um die Goldknappheit recht bald von der Menschheit genommen werden. Das ist immerhin ein Anfang.

Bevölkerungszunahme Berlins. Ende 1931 hatte Berlin eine Bevölkerungszahl von 4 288 044, gegen 4 332 547 am Anfang des Jahres. Die Bevölkerungszunahme betrug also 43 603. Diese Abnahme wurde verursacht durch den Fortzugüberfluß in Höhe von 33 007 und durch den Sterberüberfluß von 10 596. Der im letzten Jahrzehnt erfolgte gewaltige Zuzug nach Berlin hat mitlun zum ersten Male eine Stöckung gebracht. Die Fortkommensmöglichkeiten in den großen Städten sind weitestlun geringer geworden. Dies kommt in der Bevölkerungszunahme zum Ausdruck. Wie groß der Zuzug nach Berlin war, geht am besten daraus hervor, daß vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1931, mitlun in elf Jahren, der Zuzugüberfluß 463 248 Personen betrug. In der gleichen Zeit war infolge der geringen Geburtenzahlen ein Sterberüberfluß von 54 519 zu verzeichnen. Die Bevölkerungszunahme betrug mitlun 408 729. In den Jahren nach dem Krieg hat nach den Großstädten eine wahre Wölkerverwanderung eingesetzt, die jetzt in eine rückläufige Bewegung umgeschlagen ist. Bedenken wir, daß Berlin in elf Jahren einen Zuzug von einer Großstadt wie Düsseldorf hatte. Daß ein solcher

